

Stellungnahme des DGB Bezirk NRW

Anhörung „Rheinisches Revier“
des Ausschusses für Wirtschaft, Energie
und Landesplanung

am 13. Februar 2019

Düsseldorf, den 07.02.2019

Vorbemerkung

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde, neben dem DGB Bezirk Nordrhein-Westfalen ebenfalls aufgefordert, eine Stellungnahme zur Anhörung abzugeben, und ist dieser Aufforderung gefolgt. Die folgende Stellungnahme versteht sich komplementär zur Stellungnahme des DGB Bundesvorstands.

Block I

Strategische Ausrichtung eines gelingenden Strukturwandels, Teil I

Der DGB NRW begrüßt, dass es durch die intensive Arbeit der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, und unter breiter Beteiligung der Gewerkschaften, in der von der Bundesregierung eingesetzten „Kommission für Wachstum, Strukturentwicklung und Beschäftigung“ zu einer Einigung gekommen ist. Dass der gefundene Kompromiss nahezu einstimmig ausfiel ist dabei von besonderer Bedeutung, denn wir benötigen für den beschriebenen Ausstieg aus der Kohleverstromung und dem damit einhergehenden Strukturwandel einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Der von der Kommission gefundene und in ihrem Abschlussbericht formulierte Kompromiss zeichnet einen akzeptablen Pfad zum Ende der Kohleverstromung. Die Empfehlung sieht sowohl ein schnelleres Auslaufen der Kohleverstromung vor, als auch eine umfangreiche Absicherung der Beschäftigten. Gleichzeitig bedeutet dieser Kompromiss für die Beschäftigten einen tiefen Einschnitt in ihr Berufsleben. Der Prozess muss jetzt im Sinne der Beschäftigten unter Beteiligung der Gewerkschaften gestaltet werden.

Die Menschen im Rheinischen Revier brauchen langfristige und verlässliche berufliche Perspektiven. Ein gerechter Strukturwandel und das Ende der Kohleverstromung müssen Hand in Hand gehen. Planungssicherheit brauchen nicht nur die Unternehmen in der Region, sondern ebenso die Beschäftigten und ihre Familien im Rheinischen Revier.

Mit dieser Stellungnahme bringt der DGB NRW zum Ausdruck, welche Kriterien aus gewerkschaftlicher Sicht erfüllt sein müssen, um den Strukturwandel im Rheinischen Revier zu einem gerechten und erfolgreichen Ergebnis zu führen:

1. Neue Gute Arbeit für alle Qualifikationen

Mit einer dichten Landschaft von hervorragenden Forschungsinstituten, Universitäten und Fachhochschulen besitzt die Region gute Voraussetzungen für das Gelingen eines gerechten und erfolgreichen Strukturwandels. Es reicht allerdings nicht aus, den Fokus auf die Entwicklung und Förderung von Projekten und Vorhaben zu legen, die vor allem das Entstehen von Arbeitsplätzen in Forschung und Entwicklung zum Inhalt haben.

Die Region braucht neue und zusätzliche Arbeitsplätze für alle Qualifikationsstufen, von hochqualifizierten, akademischen bis zu mittelqualifizierten und niedrigqualifizierten Arbeitsplätzen. Bei der Schaffung dieser neuen Arbeitsplätze ist, unabhängig von ihrer Qualifikationsvoraussetzung, darauf zu achten, dass es sich um tarifgebundene Arbeit in mitbestimmten Unternehmen handelt.

2. Erhalt und Weiterentwicklung der industriellen Strukturen

Zu den Stärken der Region zählen insb. gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und moderne, innovative industrielle Strukturen. Die energieintensiven Industrien, die Chemieindustrie, Entwicklung und Produktion von Elektromobilität bilden zusammen mit ihrem Netz von verbundenen zuliefernden und verarbeitenden Unternehmen die Grundlage von Wertschöpfung und Arbeit. Eine sichere, qualitativ hochwertige und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist dafür Voraussetzung.

3. Strukturwandel aktiv gestalten

Der Strukturwandel muss auf diesen Strukturen aufbauen und sie so weiterentwickeln, dass aus dem Ausstieg aus der Kohleförderung und Kohleverstromung ein Einstieg in eine wirtschaftlich zukunftsfähige, sozial sichere und kulturell lebenswerte Region möglich wird.

Dies kann nur gelingen, wenn gut bezahlte Arbeitsplätze in dem Maße geschaffen werden, wie sie an anderer Stelle wegfallen. Im Vordergrund stehen hierbei tarifliche und mitbestimmte Arbeitsplätze in allen Wertschöpfungsstufen, insbesondere in der Industrie und im Dienstleistungssektor.

4. Finanzielle Absicherung des Strukturwandels

Für die finanzielle Absicherung der Umsetzung muss die Landesregierung Sorge tragen, dass aus den von der Kommission vorgeschlagenen Struktur-

fördermitteln ausreichende Mittel für das Rheinische Revier gesichert werden. Diese sind sinnvollerweise mit weiteren Förderinstrumenten so zu kombinieren und zu ergänzen, dass damit die maximal möglichen finanziellen Hebel mobilisiert werden können.

5. Strategische Entwicklung des Strukturwandels

Eine Strategie für den Strukturwandel besteht aus mehr als einer Sammlung einzelner Projekte und Maßnahmen. Aufgabe der Landesregierung ist es, die Ausrichtung und Entwicklung des Strukturwandels strategisch festzulegen. Dies muss, damit sie von allen Akteuren in der Region mitgetragen und zum Erfolg gemacht wird, mit den regionalen Akteuren entwickelt werden. Der DGB NRW sieht die Landesregierung aber nicht nur in einer moderierenden Rolle, sondern fordert sie auf, die strategische Entwicklung des Strukturwandels mit einer Industrie- und Energiestrategie zu koppeln, die die Leitplanken auch für die regionale Konzeption festlegt.

Wir erwarten dabei, dass die Landesregierung die von der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung verabschiedeten Empfehlungen, die für diese Landesstrategie von Relevanz sind, vollständig umsetzt.

6. Einbeziehung der Sozialpartner in Entwicklung und Entscheidung

An der Entwicklung sowohl der strategischen Leitplanken, als auch an den Entscheidungen für die Förderung und Realisierungen der Strukturwandelprojekte, sind die Sozialpartner als wesentliche Stakeholder zu beteiligen.

7. Der Kompromiss muss in die Gesellschaft getragen werden

Das Zustandekommen des von der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung erarbeiteten Kompromisses ist als solcher schon ein großer Erfolg. Alle daran beteiligten gesellschaftlichen Akteure haben damit, entgegen so mancher Unkenrufe, eindrucksvoll bewiesen, dass es in unserer Demokratie möglich ist, zu für Alle tragbaren und gemeinsamen Zielen zuträglichen Kompromissen zu finden, trotz starker Zielkonflikte und divergierender Interessen.

Damit aus diesem Kompromiss tatsächlich ein Erfolg für Klimaschutz, sichere und bezahlbare Energieversorgung, nachhaltige Transformation unserer Industriestruktur und ausreichend neuer, sicherer und tarifgebundener guter Arbeit wird, muss dieser Kompromiss in die Gesellschaft getragen werden.

Gerade weil die Kommission gesellschaftlich so breit besetzt war, bildet das Ergebnis eine gute Grundlage dafür, den Wert dieses Kompromisses und die sich aus ihm ergebenden Chancen breit zu vermitteln. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Vertretern in Nordrhein-Westfalen der in der Kommission vertretenen Stakeholdern an einer Kommunikationsstrategie zur Vermittlung der Kommissionsentscheidung zu arbeiten und diese zeitnah umzusetzen.